

Löhner Anzeiger

Telephon: Amt Lahn Nr. 24.

Lokalblatt für Lahn und Umgegend.

Telephon: Amt Schönau Nr. 10.

Druck und Verlag von Franz Beuchel in Schönau (Kahbach). — Für den Inhalt verantwortlich: Franz Beuchel, Schönau (Kahbach).

Ausgabestelle und Inseraten-Aannahme in der Filiale Goldbergerstrasse Nr. 55 in Lahn und in der Buchdruckerei von Franz Beuchel in Schönau (Kahbach).

Die Ausgabe

erfolgt wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich durch Boten 90 Pf., monatlich 30 Pf. frei Haus. Postabonnements 90 Pf., mit Abtrag 1,14 Mk.

Ämtliches Publikations-Organ

der Städt. Behörden und des königlichen Amtsgerichts.

Abonnementspreis

für Lahn und Umgegend 10 Pf. für die 1spaltige Beilage oder deren Raum, für auswärtige Inserate 12 Pf. pro Zeile. Annahmeschluss Montag, Mittwoch und Freitag mittags 12 Uhr.

Nr. 20.

Lahn, Donnerstag, den 18. Februar 1909.

6. Jahrgang.

Tagess-Nachrichten.

Der Kaiser wohnte einem Vortrage des Grafen Zepelin über sein Luftschiff und die weitere Entwicklung der Luftschiffahrt in der Berliner Militärischen Gesellschaft bei. Als eine Neuerung erwähnte der Graf eine Plattform oben auf dem Ballon, die von der Gondel aus während der Fahrt auf einer Strickleiter bestiegen werden kann. Am Montag hörte der Kaiser den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts und wohnte abends mit der Kaiserin einer Festlichkeit beim Kronprinzen bei.

Berlin. Außer dem Hause halten jetzt die jüngeren kaiserlichen Prinzen ihre Winterferien ab, weil das einfacher, bequemer und am Ende auch wohl billiger ist. Neulich gaben Prinz und Prinzessin August Wilhelm einen Ball im Foyer des königlichen Schauspielhauses, und jetzt laden Prinz und Prinzessin Citel Friedrich nach dem Saal der großen Landesloge der Freimaurer von Deutschland, deren Großmeister der Prinz Friedrich Leopold von Preußen ist, ein.

Berlin. Der preussische Kultusminister Dr. Holle wird nach Beendigung seines Urlaubs zwar auf seinen Posten zurückkehren, aber nur, um ihn gleich darauf dauernd zu verlassen. So weiß die „Nat.-Ztg.“ zu berichten und fügt hinzu, daß der Wechsel wohl schon erfolgt wäre, wenn man nur schon einen geeigneten Nachfolger für Dr. Holle gefunden hätte. Aber niemand hat Lust, den dornenvollen Posten zu übernehmen.

Berlin. Ueber die vertraulichen Verhandlungen der Subkommission der Steuerkommission des Reichstags macht die „Germania“ Angaben, die augenscheinlich auf bloßer Vermutung beruhen. „Reichsanzeiger“ und „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlichten den Teil der Rede des preussischen Finanzministers von Rheinbaben, der nachzuweisen sucht, daß die Landwirtschaft von der Einführung der Nachlasssteuer nur ganz wenig betroffen werden würde. Die amtliche Publikation erfolgt in der Erwartung, daß die Angaben des Ministers bei weiterer Verbreitung zweifellos geeignet sind, die vielfach bestehenden Bedenken der Bauern und Großgrundbesitzer gegen die Nachlasssteuer zu entkräften.

Berlin. Deutsche Tüchtigkeit und deutscher Unternehmungsgestirni erzielen auch im Auslande und selbst unter den schwierigsten Bedingungen schöne Erfolge. Franzosen, Engländer, Amerikaner und die Eingeborenen haben sich um die Erschließung der reichen Silbererzkäse Kanadas bemüht; aber erst dem Vorgehen der Deutschen, das methodisch und nach wissenschaftlichen Grundsätzen erfolgte, erschloß sich der ganze Reichtum kanadischer Silberminen. Eine mit 4 Millionen Mark gegründete deutsche Aktiengesellschaft hat die ergiebigen Minen erworben, aus denen sie zum Vorrat der Kanadier und aller übrigen Konkurrenten sehr respectable Gewinne zieht.

Paris. Die Entschädigungsfrage, die den schwierigsten Punkt in den Vereinbarungen zwischen Frankreich und Marokko bildet, geht ihrer Lösung entgegen. Sultan Mulay Hafid soll in 15 Jahresraten eine angemessene Kriegsschadigung an Frankreich abtragen. Er resp. seine Regierung wird das können, da die Staatseinkünfte Marokkos infolge der wirtschaftlichen Erschließung des Landes erheblich steigen werden. — Kaiser Wilhelm verlieh aus Anlaß des Marokkoabkommens dem deutschen Botschafter in Paris Fürsten Radolin, sowie dem französischen Botschafter Cambon hohe Ordensauszeichnungen.

London. Die Thronrede, mit der König Eduard am Dienstag die neue Session des Parlaments eröffnete, gedachte in herzlichen Worten des Besuchs des englischen Königspaares in Berlin. Von dieser

feierlichen Hervorhebung an offizieller Stelle müßte man doch eine gute Entwicklung auf die englische Nation erwarten dürfen. — Wie immer, so vollzog sich die Parlamentsöffnung auch diesmal wieder unter der Entfaltung des traditionellen glänzenden Pompes. König und Königin legten sich in einer von acht cremefarbenen Pferden gezogenen Staatskarosse zum Parlamentsgebäude, eskortiert von der Kavallerie der Leibgarde. Die übrigen Mitglieder der königlichen Familie, sowie die Beamten des Hofes folgten in anderen Galacquipagen. Der König, der wieder ganz gesund ist, verlas die Thronrede, die außer der Erwähnung des Berliner Besuchs namentlich den Hinweis auf sozialpolitische Aufgaben enthielt, mit klarer Stimme. Gleichwohl begibt sich der Monarch auf einige Zeit nach dem durch sein mildes Klima berühmten Brighton am Kermel-Kanal.

Madrid. König Alfons von Spanien wird auf deutsch-englisches Ersuchen in der Tat das Schiedsrichteramt über die Regulierung der Grenze der englischen Balfisch-Bay und von Deutsch-Südwestafrika übernehmen.

Konstantinopel. Die Lage ist wieder vermorren genug. Die Folgen des Konstantinopler Ministerwechsels lassen sich noch gar nicht übersehen, und Serbien erhebt wieder ein gewaltiges Kriegsgeschrei. Die Neubildung des türkischen Ministeriums macht größere Schwierigkeit, als man erwartet hatte. Die Abhängigkeit von den unberechenbaren Jungtürken, die nun einmal die Macht in der Hand haben, ist nicht verlockend. Zia-Pascha, der bereits ernannt worden war, erklärte, das Portefeuille der Finanzen aus Gesundheitsrücksichten ablehnen zu müssen. Auch der Londoner Botschafter Rifat Pascha, der das Auswärtige übernehmen soll, macht Ausflüchte. Der neue Großwesir Hilmi Pascha ist ein ausgesprochener Freund Oesterreichs und wird es an Entgegenkommen diesem gegenüber bei den Ausgleichsverhandlungen nicht fehlen lassen. Ueber den Grund der Entlassung des früheren Kriegsministers Ali Riza durch den verstorbenen Großwesir Kiamil Pascha wird jetzt eine neue Lesart bekannt. Ali Riza mußte gehen, weil er kriegerische Unternehmungen gegen Bulgarien im Schilde führte, die Kiamil nicht billigen konnte. Der neue Großwesir bekundete, daß der Regierungswechsel an den Beziehungen der Türkei zum Ausland und namentlich auch an der türkischen Freundschaft zu England nichts ändere. Ein großer Teil der türkischen Truppen und zwar derjenige, der es mit den Jungtürken hält, macht immer aufs neue durch politische Kundgebungen in unliebsamer Weise von sich reden. Der Ernst der Lage geht daraus hervor, daß die Stärke der Offiziere und der Mannschaft der österreichisch-ungarischen Donaukorps auf Kriegszustand gebracht wurde.

Deutscher Reichstag.

Der Reichstag nahm am Montag zunächst die Vorlage über die erhöhte Subvention für den Norddeutschen Lloyd in zweiter Lesung an. Die Redner sämtlicher bürgerlichen Parteien traten für die Vorlage ein, auch die des Zentrums, nachdem beschlossen worden war, daß für die Unterstützung des Lloyd durch das Reich auch die Kolonie Neu-Guinea selber ein Opfer zu bringen habe und daß bei diesem Schutzgebiet rund 140 000 Mk. Reichszuschuß gestrichen würden. Beim Etat des Reichstags entsteht eine längere Debatte über die Frage der Veröffentlichung der Kommissions- und der Plenarsitzungsberichte. Abg. Kämpf (frsf. Volksp.) wünscht sofortigen offiziellen Bericht über Kommissionsberatungen, Abg. Hertling (Str.) hält Berichte über

Kommissionsitzungen für überflüssig, empfiehlt dagegen offizielle Berichte über die Plenarsitzungen während des Verlaufes dieser von Stunde zu Stunde. An dieser Debatte beteiligen sich noch die Abgg. Baffermann (natlib.), Stengel (frsf. Volksp.), Geck (Str.), Arendt (Rpr.), Graf Westarp (kons.), Ledebour (Soz.) u. a. Präsident Graf Stolberg erklärt schließlich, daß alle Anregungen genau geprüft werden würden. Der Etat wird bewilligt. Beim Etat des Reichseisenbahnamts wendet sich Präsident Schulz gegen Maßnahmen, die die Arbeitsfreudigkeit seiner Beamten beeinträchtigen würden.

Der Reichstag erledigte am Dienstag den Etat des Reichseisenbahnamtes. Auf Ausstellungen des Abg. Stolle (Soz.) erwidert Präsident Schulz, daß die Beamten angewiesen seien, alle Unregelmäßigkeiten im Betriebe sofort zu melden. In den Jahren 1881—85 kamen auf 10 Millionen Betriebskilometer 33 Zusammenstöße oder Entgleisungen, in den letzten Jahren nur noch 10,8. Die Betriebssicherheit ist also erheblich gestiegen. Abg. Schraeder (frsf. Berg.) wünscht eine Erweiterung der Besetzung des Amtes. Abg. von Büllig (kons.) nimmt die Beamten gegen den Erzbergerschen Vorwurf der Faulheit in Schutz. Abg. Storz (südd. Volksp.) meint, die Macht des Reichseisenbahnamtes ist gar nicht so klein, da der ganze Reichstag hinter ihm stehe; der Präsident müßte nur größere Energie entwickeln. Redner klagt über die Umleitung der Züge über Bayern, worunter Württemberg zu leiden habe. Abg. Pischler (Str.): In Bayern will man nicht, daß über die Güterwagen-Gemeinschaft zu einer allgemeinen Betriebsgemeinschaft oder gar zu einer einheitlichen Reichseisenbahn hinausgegangen wird. Der Bevollmächtigte Württembergs weist die Behauptung des Abg. Pischler zurück, das Postabkommen dieses Bundesstaates mit dem Reiche sei Schmiergelderei. Abg. Heyd v. Herresheim (natlib.) lobt die preussisch-hessische Eisenbahngemeinschaft.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Haus beriet am Montag das Volksschullehrerbefoldungsgesetz in dritter Lesung. Abg. von Tilly (kons.): Alle Wünsche der Lehrer konnten bei der Finanzlage nicht erfüllt werden, das war unmöglich. Es ist aber doch bedeutend, was erzielt ist, die Lehrer dürfen zufrieden sein. Geh. Rat Schwarzkopf antwortet auf eine Anfrage, die Witwenpensionen könnten nur allgemein und für alle Beamten erhöht werden. Abg. Tischart (Str.) hofft, das Herrenhaus werde nichts an der Vorlage ändern. Die Abgg. Schiffer (natlib.) und Cassel (frsf.) betonen ebenfalls, daß heute nicht mehr bewilligt werden könne, das Endziel bliebe aber die Gleichstellung der Lehrer mit den Sekretären der Verwaltung. Abg. Freiherr von Zedlitz (freikons.) meint, die Städte, die aufgrund dieses Gesetzes Mehrausgaben hätten, müßten bedenken, daß es sich um einen großen Kulturforschritt handelt. Abg. Graf Spee (Str.) ist derselben Meinung. Danach wird das Gesetz in dritter Lesung endgiltig nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen. Zwei Anträge wegen Erhöhung der Unterstützungsfonds für ausgeschiedene Lehrer und für Lehrerwitwen und -Waisen werden an die Budgetkommission überwiesen.

Am Dienstag wurde der Entwurf betr. Abänderung des Bergbaugesetzes beraten. Minister